

**Titel: Änderungsantrag zu TOP 9.2 Politische und religiöse Konflikte in  
Grünhufe und anderen Stadtteilen****Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

|               |                                              |        |            |
|---------------|----------------------------------------------|--------|------------|
| Federführung: | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE<br>PARTEI | Datum: | 18.04.2024 |
| Einreicher:   | Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI     |        |            |

| Beratungsfolge | Termin |  |
|----------------|--------|--|
|----------------|--------|--|

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Landrat Vorpommern-Rügen zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen, in dessen Rahmen die im Zusammenhang mit politischen und religiösen Konflikten im Stadtteil Grünhufe entstehende Situation erörtert und Konfliktlösungen erarbeitet werden sollen.

Beteiligt und eingeladen werden sollen alle relevanten Akteure im Bereich der Jugend-, Sozial- und Stadtteilarbeit. Sofern auch andere Stadtteile eine vergleichbare Konfliktlage haben, soll dieser Prozess auf die anderen Stadtteile ausgeweitet werden.

Begründung:

Es ist notwendig und gerechtfertigt, dass die von der CDU-/FDP-Fraktion mit ihrem Antrag angesprochene Konfliktsituation in die Bürgerschaft eingebracht wird und eine Lösung erarbeitet werden muss. Es ist aus unserer Sicht aber erforderlich, all diejenigen an einen Tisch zu holen, die die Konflikte beschreiben und einschätzen können und unter Beteiligung aller Akteure eine Lösung zu erarbeiten.

Jürgen Suhr  
Fraktionsvorsitzender